

Rheinische Volkszeitung

Telegramm-Adresse:
Volkszeitung Wiesbaden.

Wiesbadener Volksblatt

Fernruf in Wiesbaden: Redaktion 6030,
Verlag 635, in Oestrich 6, in Elville 215.

Die Rheinische Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage, vom 11. Uhr.
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstraße 50; Zweig-Expeditionen in Oestrich (Otto Gilmann),
Friedrichstraße 9 und Elville (O. Böhmig), Ecke Gutenberg- und Taunusstraße. — Jeder 200 eigene Agenturen.

Nr. 145 — 1916

Regelmäßige Preis-Veränderungen:
Einzelheft 10 Pf.; Vierteljahr 3 Mark 50 Pf.; Halbjahr 6 Mark 50 Pf.;
Jahresabonnement 12 Mark 50 Pf. (Postgebühren in Oestrich 10 Pf. mehr).
Einzelheft 10 Pf.; Vierteljahr 3 Mark 50 Pf.; Halbjahr 6 Mark 50 Pf.;
Jahresabonnement 12 Mark 50 Pf. (Postgebühren in Oestrich 10 Pf. mehr).

Samstag

24
Juni

Bezugspreis für das Vierteljahr 3 Mark 10 Pf., für den Monat 70 Pf., bei ins Haus: auch die Post für
das Vierteljahr 3 Mark 52 Pf., monatlich 84 Pf., mit Belegkarte. — Anzeigenpreis: 20 Pf. für die kleine Zeile
für auswärts: 25 Pf., Belegkarte 1 Mk.; bei Kleinanzeigen wird entsprechender Nachschlag gemacht.

Verantwortlicher: Dr. phil. Franz Gucke

Redaktion: Die Redaktion des Rheinischen Volksblatts ist in der
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstraße 50, zu erreichen. Fernruf 6030.
Telegraphische Anstalt: Die telegraphische Anstalt des Rheinischen Volksblatts ist in der
Haupt-Expedition in Wiesbaden, Friedrichstraße 50, zu erreichen. Fernruf 6030.

34. Jahrgang.

Der neue Kurs in Griechenland

Ueberspannte Forderungen

* An Oesterreich-Ungarns Grenze, zum Teil noch auf dem Boden der Doppelmonarchie vollzieht sich ein weltgeschichtlicher Kampf, der alle bisherigen Schlachten an Umfang und Bedeutung übertrifft. Sollen haben wir am einen Ringen so lebhaften Anteil genommen, denn wie der Kampf ausgeht, wird das ist von einschneidendem Einfluß auf den weiteren Kriegsverlauf und vor allem auf das Kriegsende. Vervollständigt sind die Opfer, die an die verbliebenen Armeen geleistet werden und hier wie bei allen übrigen Kämpfen erleidet das akademische Element die größten Verluste. Und während dieser Kampf um Sein oder Nichtsein ausgefochten wird, vollzieht sich in Wien ein zwar harmloseres Spielchen, das aber tieflich nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft ist. Die radikalen Frauen stürzen auf den Zukunftskühler ein, verlangen dringend die Zulassung des weiblichen Elements zur Gerichtsbarkeit, zur Advokatur, zum Notariat und allen anderen juristischen Berufen. Sie halten die Gelegenheit für günstig, um die Gleichberechtigung von Mann und Weib auf allen Gebieten durchzuführen. Der Justizminister kennt Goethes Weisung, wonach man den Frauen entgegenkommen soll, und erklärt darum, daß die Frauen zweifellos zum juristischen Studium befähigt seien. Aber das große Verhängnis auf allen Kriegsschauplätzen hat die Reihen noch nicht soweit gelichtet, daß ein Mangel an Juristen vorhanden wäre. Deshalb lehnt der Justizminister die Forderung ab, wobei er gleichzeitig weiter erklärt, die Gerichtsbarkeit könne nicht in Frage, weil die Frauen außerhalb seien, die staatliche Autorität entsprechend zu repräsentieren. So die Antwort, der man im allgemeinen nur beipflichten kann.

Es ist seit Beginn des Krieges eine tiefe Angstgeheimnis geworden, in überdrückender Vorentscheidung die Bedürfnisse der Frauen um die Durchführung des Kampfes zu feiern. Almond wird dagegen etwas einwenden können. Wir alle wissen, daß heute die Frau für das Durchhalten einen maßgebenden Einfluß besitzt, umso mehr, als der Weltkrieg ein Wirtschaftskrieg, eine tiefe Krise eine Heldin geworden ist. Ihre weite Erde gebietet, ihre vor allem den Frauen und Mädchen auf dem Lande, die um die Existenz kämpfen und um die Werte, um alle Landarbeiten sich die größten Verdienste erworben haben, ohne die wir den Krieg überhaupt nicht lange hätten aushalten können. Aber merkwürdigerweise sind es nicht diese Frauen, welche Forderungen erheben, sondern jene, welche in Gesellschaften das große Wort führen, welche wieder in der Landarbeit tätig waren, noch in der Hauswirtschaft den kleinen Bekleidungsbedarf decken konnten. Und doch sie sind die Mäuser im Streit, sie verlangen aufgrund der verdienstvollen Tätigkeit anderer Frauen für sich die Ehre. Selbstverständlich hat nach ihrer Meinung der Krieg den Beweis erbracht, daß das Wahlrecht für die Frauen unbedingt notwendig ist. Die einen Reformer begründen das mit der Tätigkeit der Frauen und verlangen dafür seitens des Staates eine Entschädigung, während die anderen den ewigen Weltfrieden infolge der Teilnahme der Frauen an dem Parlament proklamieren. Neben dem Wahlrecht sollen sofort alle Berufe geöffnet werden. Das ist eine Forderung, zu der man mindestens auch jene Kreise zu Worte kommen lassen muß, die heute ihre Pflicht draußen im Schlachtfeld erfüllen. Welche Verdienste sich tausenden von jungen Akademikern erworben, steht noch sehr dahin. 23 Monate sind sie bereits draußen, mangelnd, überfordert und geistig erschöpft. Wenn der Krieg zu Ende ist, dann werden sie ihr Studium von neuem beginnen können, vorausgesetzt, daß dazu die Mittel und die Plätze überhaupt noch reichen. Dieses akademische Element mit allen Rechten im Interesse der Zukunft unseres Volkes zu schützen, ist Aufgabe der Staatsregierung. Das aber würde nicht gehen, wenn den Frauen die Türen und Tore aller Berufe geöffnet würden. Wer da weiß, wie bisher die Verhältnisse lagen, der läßt sich mit Bedauern die Berichte der Universitäten, daß überall sind die weiblichen Studenten und Studentinnen in der Mehrheit, täglich wird der Andrang noch größer. Während die jungen Männer seit schon fast zwei Jahre verloren haben, und nach dem Kriege nur unter den größten Schwierigkeiten vorwärts kommen werden, drängen sich die Frauen überall vor und suchen nach weiteren akademischen Berufen an sich zu reißen.

Der Mann ist der Stärkere, nicht umsonst muß er das Vaterland verteidigen. Es war es immer, auch wenn Bebel in seinem berühmten Buch über die Frau den wissenschaftlichen Rationalismus in seinen Verstand, daß einst die Frau die Welt regierte und dann langsam vom Mann geknebelt und unterdrückt worden ist. Der Mann muß das Vaterland verteidigen, seine besten Kräfte opfert er der Zukunft unseres Volkes; gleichzeitig geht eine lange Zeit durch Militär- und Kriegspflicht verloren. Es darf nicht übersehen werden, daß das weibliche Element, das durch solche Nachteile nicht beheimatet ist, sich keinesfalls ausbreiten kann. Auch wissen wir, was man uns entgegenhält. Aber prinzipiell müßten doch diese Fragen unter dem Gesichtspunkt entschieden werden, daß wir in erster Linie den jungen Männern Brot und Erhaltung schaffen, damit diese ihrerseits einen Haushalt gründen und die Frauenfrage lösen können. Schließen wir den umgekehrten Weg ein, indem wir hinsichtlich der Berufe Mann und Frau

gleich stellen, so wird die Frage der Versorgung der jungen Männer weder gelöst noch erleichtert, sie wird im Gegenteil viel schwieriger. Wir hatten geglaubt, daß gerade der Krieg mit den Grundfähigkeiten des Weibchens aufzuräumen würde, daß die Frage des Wahlrechts und andere Frauenfragen mehr aus der Diskussion verschwinden würden. Das ist nicht der Fall, wie der Wiener Vorfall und Frauenzeitschriften und tagtäglich auf das neue beweisen. Und nach dem Kriege wird man noch stärker die Hände zu den vermeintlichen Rechten erheben. Darum war es eine große Tat des österreichischen Justizministers, wenn er die überhöhten Forderungen mit dem Hinweis darauf ablehnte, daß wir noch Männer genug haben, die in den fraglichen Berufen tätig sind.

Die Kämpfe im Osten

Großes Hauptquartier, 23. Juni. (M. T. A. Antik.)
Westlicher Kriegsschauplatz:

Defilée von Opatowitz wurde ein feindlicher Angriffsvorstoß vereitelt. Bei deutschen Patrouillenunternehmungen, so bei Klonow, Borsig und bei dem Gefecht Klonow bei Chompanow, nordwestlich von Krasnopol, wurden einige Tausend Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Drei französische Angriffe gegen unsere westlich der Heide Bau genommenen Stellungen wurden abgewiesen. Wir haben hier am 21. Juni 24 Offiziere und über 400 Gefangene gemacht.

Gestern wurden Karlsbrunn, Ralswiek i. Baden, sowie Trier durch feindliche Flieger angegriffen. Wir haben eine Reihe Opfer der bürgerlichen Bevölkerung zu beklagen. Wenn es wertvoller militärischer Schäden konnte in jenen Orten nicht eingebracht werden und ist nicht verursacht worden. Die Angreifer verlor in der Flugszene: je eins mußte beim Rückflug bei Niederlauterbach und bei Pombach landen. Unter den gefangenen Insassen befinden sich zwei Ungarn; die beiden anderen Flugschiffe wurden im Luftkampf zerstört. Dabei sollte Leutnant Hohenberg den letzten Gegner der Flieger. Außerdem wurden gestern feindliche Flieger in Gegend von Opatowitz, südlich von Krasnopol (südlich des Reutnants Mäker), bei Rancow (südlich von Gredow) bei Wergheim (südlich von Gredow), südwestlich von Gredow abgegriffen, so daß unsere Gegner im ganzen neun Flugschiffe eingebüßt haben.

Unsere Fliegergeschwader haben die militärischen Anlagen von St. Pol, sowie feindliche Lager und Unterstände westlich und südlich von Bredon angegriffen.

Ostlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg:

Bei einem kurzen Vorstoß bei Brestina, südlich von Bogdanow, fielen 45 Gefangene, 2 Maschinengewehre, 2 Nebelwerkanlagen in unsere Hand.

Heeresgruppe des Prinzen Leopold von Bayern:

Nordöstlich von Opatowitz, gegen die Kanalküsten vor-gehende schwächere feindliche Abteilungen wurden blutig abgegriffen.

Heeresgruppe des Generals von Linzinger:

Trotz mehrfacher feindlicher Gegenstöße blieben unsere Angriffe westlich und südwestlich von Zuck im Fortschreiten. An der Front vorwärts der Linie Werchowitsch-Bredow wurden russische Vorstöße glatt abgegriffen.

Von der Armee des Generals Grafen v. Boehmer nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine wesentlichen Ereignisse.

Wien, 23. Juni. (M. T. A.) Antik wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz:

Im Gzerenski-Tale sind die Russen im Vorgehen auf Kain. Trotz in der Dunkelheit und in Unklarheit keine Änderung der Lage. Gegen unsere Stellungen südlich und nördlich von Krasnopol führte der Feind gestern zahlreiche heftige Gegenangriffe. Er wurde überall abgewiesen. Die unter dem Befehl des Generals von Linzinger kämpfenden Streitkräfte drängten nordwestlich von Gredow und südlich von Krasnopol die Russen weiter zurück. Bei Krasnopol brachen unsere Truppen über 400 Gefangene und vier russische Maschinengewehre ein. Im Stachow-Straßenschnitt leisteten mehrere starke Gegenangriffe des Feindes.

Italienischer Kriegsschauplatz:

Gestern war das Artilleriefeuer im Nordabschnitt der Hochfläche von Dobrodo besonders heftig. Wiederholte feindliche Infanterieangriffe auf unsere Stellungen südlich des Malsi-See wurden abgewiesen. Im Malsi-Seeabschnitt begannen heute früh lebhafteste Artilleriekämpfe. An der Dolomitenfront leistete ein neuerlicher Angriff der Italiener auf die Grada del Vauca. Das alte Schloß hatten vereinigte feindliche Kräfte aus dem Raum von Primolano. Im Ostler-Gebiet besetzten unsere Truppen mehrere Hochpunkte an der Grenze.

Südlicher Kriegsschauplatz:

An der unteren Soana-Gebirge. Lage unverändert. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Götter, Feldmarschalleutnant.

Lufteingriff auf Benedig

Am 22. abends hat eine Gruppe von Zeppelinflugzeugen feindliche Stellungen bei Roncoleone erfolgreich mit Bomben belegt. Am 23. früh hat ein Zeppelinflugzeug Benedig angegriffen. In Porta Riccio, Alberoni, in der Gassanella, besonders aber im Arsenal wurden mit schweren Bomben

viele Treffer erzielt und starke Brände hervorgerufen. Die Flugzeuge wurden heftig, aber erfolglos beschossen und kehrten unverletzt zurück.

Flottenkommando.

Die Erdrosselung Griechenlands

IV Was wir bereits vor 14 Tagen ankündigten, unter den damaligen Verhältnissen ankündigen mußten, ist eingetreten: Griechenland war nicht in der Lage, länger die Unterdrückung zu ertragen, es hat die Waffen vor den Forderungen der Entente gestreckt. Die feinerzeitige Demobilisierung war der einleitende Schritt, dem nun die Bewilligung der übrigen Forderungen der Entente gefolgt ist. Der Biederband hat einen Triumph errungen, um den für die Weltgeschichte nicht beneiden wird. Die brutalste Unterdrückung, die drohende Hungersnot, wozu das Ministerium nachgehoben. Es wäre zwecklos, irgend ein Wort des Widerspruchs und der Entrüstung zu äußern. Die Entente kennt keine Neutralität, sie vergewaltigt jedes Volk, das sich ihrem Begehren entgegenstellt. Sie operiert mit Gift und Dolch und darum ist es keineswegs verwunderlich, wenn jetzt, nachdem diese geheimen Mittel nicht zum Erfolge führten, zur Tat geschritten wird. Griechenland hat kein Selbstbestimmungsrecht mehr, die Entscheidung über alle wichtigen Angelegenheiten ruht in den Händen des Biederbandes. Wären die gestellten Forderungen abgelehnt worden, ein Geschwader stand bereit, um Griechenlands größere Städte zu zerstören. Das Volk hätte keine Möglichkeit besessen, sich vor der Hungersnot zu retten. Und niemand unter den Neutralen rührt sich, um jenes schamlose Gebahren zu brandmarken, niemand denkt daran, daß heute an Griechenland, morgen an einem anderen Volk, die Reihe ist.

Welchen Weg wird die Entwicklung nehmen? Wird der König seinen Thron retten können oder wird er seines Landes verlustig gehen? Wird Benizelos aus Athen kommen oder wird es einem anderen Ministerium gelingen, die bisherige Neutralität beizubehalten? Wird Griechenland gezwungen werden, seine Truppen gegen Bulgarien marschieren zu lassen? Wird der größere Teil des griechischen Militärs im Falle eines Krieges



Zaimis.

nicht den Gehorsam verweigern? Und wie wird sich schließlich Rumänien zu dem ungeheuerlichen Fall stellen? Niemand wird heute schon eine Antwort geben können und darum wäre es falsch, nach der einen oder anderen Seite hin irgend welche Vermutungen anzustellen. Wir wollen ruhig die Entwicklung abwarten. Dabei brauchen wir immer noch nicht die Hoffnung aufzugeben, daß die Dinge eine schlechte Wendung nehmen können. Bequämen wir uns mit den gegebenen Tatsachen und mit der gleichzeitigen Erwartung, daß dieser Gewaltakt zum mindesten das moralische Ansehen des Biederbandes in aller Welt stärken wird.

Aufhebung der Blockade

Athen, 22. Juni. (M. T. A.) Meldung des Ministeriums für Äußeres. Das neue Kabinett wird heute Nachmittag vereint. Zaimis ist Ministerpräsident und Minister des Äußeren. Die Gesandten des Biederbandes empfehlen ihren Regierungen an, die Blockade aufzuheben.

Das Kabinett Zaimis

Athen, 23. Juni. Die „Agence d'Athene“ meldet: Das neue Kabinett wurde am Donnerstagabend um 7 Uhr vereint. Es steht fest, wie folgt zusammen: Zaimis, Vorsitz und Äußeres; General Gallaris, Krieg und vorläufig Marine; Kallias, Finanzen; Koltris, Verkehrswesen; Oberst Charalambis, Justiz; Prof. Konstantinos, Justiz; Sidoris, öffentlicher Unterricht; Dailigas, Volkswirtschaft. Die Presse und die öffentliche Meinung bereiten dem neuen Kabinett eine günstige Aufnahme.

Keine Zuversicht mehr

Aus Athen wird gemeldet: Auf die Lage war von entscheidendem Einfluß der Beschluß eines unter dem Vorsitz des Königs abgehaltenen Ministerrats, daß fortan gegenüber der Entente der Standpunkt der Zuversicht nicht mehr am Platze sei. Dies hat die Regierungen der Entente dazu bewogen, ihre Forderungen neuerdings schärfer zu betonen.

Die Athener Krisentage

Lugano, 23. Juni. Die Athener Krisentage werden nach einer Meldung des „Corriere della Sera“ bei schwerer

Vom Wiesbadener Stadthaus

Statsrede des Oberbürgermeisters, Herrn Geh. Oberfinanzrats Dr. Gläffing. — 23. Juni 1916.

Meine Herren! Es ist bezeichnend für die Schwere und die Eigenart der Zeit, in der wir leben, daß wir erst heute, nach der Erledigung wichtiger Fragen, der Lebensmittelförderung, die unsere letzten Sitzungen und unsere Aufmerksamkeit vollkommen in Anspruch nahmen, zur Beratung des Haushalts für das Jahr 1916 gelangen. Die Lebensmittelförderung ist neben der begeisterten Teilnahme an den Großtaten unseres tapferen Heeres das so sehr Interesse der breiten Öffentlichkeit an Fragen finanzieller Natur in den Hintergrund treten lassen. Und diese Erscheinung ist von so harter Wirkung, daß sie selbst den Begriff für die erschütternde Größe der finanziellen Belastung verfließen läßt, die das Reich, die einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden als Folge eines Krieges zu tragen haben, wie ihn schwerer an Opfern an Gut und Blut die Welt noch nicht gesehen hat und hoffentlich niemals wieder sehen wird.

Der Welt ist in diesem Kriege der Begriff für die Größe der Zahlen verloren gegangen; die Summen, die die kriegsführenden Staaten aufzubringen haben und die Verluste des Wirtschaftslebens entziehen sich jeder herkömmlichen Schätzung; das Deutsche Reich hat in nicht allzuferner Zeit mit einer Kriegsanleihe von 50 Milliarden zu rechnen, deren Verzinsung und Tilgung ausschließlich der Hinterbliebenen- und Invalidenrenten die Ausgaben des Reiches verdoppeln wird; der Reichstag hat erst vor wenigen Tagen 1½ Milliarden neuer Steuern bewilligt, der preussische Staat hat wie die anderen Bundesstaaten mit erheblichen Fehlbeträgen zu rechnen, zu deren Deckung er im laufenden Voranschlag 100 Millionen neuer Einkommensteuern fordert, und die preussischen Städte, die bis Ende des Jahres 1915 allein 811 Millionen nur für die Kriegsfürsorge aufgebracht haben, haben ihren Einkommensteuervertrag so erhöhen müssen, daß schon jetzt der Durchschnitt der von den Städten zur Erhebung gelangenden Gemeindefinkommensteuer auf 230 Prozent zu berechnen ist, wobei die außerordentlichen, durch Wechsel und kurzfristige Anleihen und Bankkredite vorläufig gedeckten Kriegsausgaben der Städte noch gar nicht mitberücksichtigt sind. Der dundertprozentige Gemeindefinkommensteuervertrag, den wir im letzten Friedensjahre mit Berlin und einigen Berliner Vororten — die heute 100—180 Prozent erheben — noch hatten, gehört der Vergangenheit an, und es ist vielleicht eine noch zu günstige Vorausschätzung des finanziellen Verlaufes des diesjährigen Voranschlags, wenn wir der Stadtverordnetenversammlung vorschlagen, zum Ausgleich der Einnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahre 1916 die Gemeindefinkommensteuer auf

145 Prozent

festzusetzen, also gegen das Vorjahr um nur 20 Prozent zu erhöhen.

Wer diese gewaltigen Veränderungen der Finanzlage des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden während des Krieges in ihrer Bedeutung für die Zukunft erkennt, weiß nur zu gut, daß dieser Krieg für uns unter allen Umständen günstig enden muß, wenn wir in unserer Entwicklung nicht um ein Jahrhundert zurückgeworfen werden sollen; und es liegt eine Anerkennung dieser sich von selbst ergebenden Auffassung in der Tatsache, daß in den kriegsführenden Körperschaften des Reiches, der einzelnen Staaten und der Gemeinden sich die hohen Anforderungen an die Finanzkraft und den Opferwillen des deutschen Volkes fast ohne Widerspruch durchsetzen konnten, oft einstimmig und ohne jede Debatte. Es ist die Erkenntnis der Größe und der Schwere der Zeit, die zur Anerkennung unbedingter Notwendigkeiten führt und auch auf finanziellen Gebieten den Willen des Volkes erkennen läßt, sollte es was es wolle, auszuhalten bis zum guten Ende. Auch Sie, meine Herren, haben bei der Beratung des letzten für das Jahr 1915 bestimmten Voranschlags diesen Willen durch einstimmige Annahme zum Ausdruck gebracht, und ich hoffe gerne, daß Sie auch heute zu dem gleichen Ergebnis gelangen werden; ich werde mich selbstverständlich bemühen, die Grundlage des diesjährigen Voranschlags klar und deutlich, aber knapper wie früher, zu erläutern, schon die Unabsehbarkeit der Verhältnisse, die das neue Kriegsjahr bringen wird, und die Unmöglichkeit, in einem Voranschlag bis ins Einzelne festzulegen, was nicht voraussehen ist, nötigen mich zu einer gewissen Zurückhaltung und Beschränkung in Vortrag und Aufzählung. Auch werde ich mich diesmal nur an das rein Finanzielle und zur Begründung des Voranschlags und der Einkommensteuerverhöhung-Entscheidungen halten; ich werde darauf verzichten, aus den umfangreichen Berichten der einzelnen Verwaltungen über ihre Tätigkeit in dem abgelaufenen zweiten Kriegsjahre Bericht zu erstatten; ich werde im Einverständnis mit dem Herrn Stadtverordnetenvorsteher die Tätigkeit der Verwaltung und die gesamte Kriegsarbeit in einer besonderen zusammenfassenden Arbeit würdigen und sie der Stadtverordnetenversammlung und der Bevölkerung zugänglich machen. Man wird dann besser erkennen, welche gewaltige und nützliche Arbeit geleistet worden ist und man wird sie dann in ruhigerer Zeit besser zu würdigen verstehen.

Meine Herren, der Voranschlag für das laufende Jahr ist seit Jahren der erste, dessen Finanzierung auf den Vorzug verzichtet wurde, aus dem vorhergehenden und abgeschlossenen Voranschlagsjahr (in diesem Falle 1914) Überschüsse aufzunehmen. Wir haben in den letzten zehn Jahren stets mit Überschüssen von 3—400 000 Mark abgeschlossen, die zur Erleichterung der Einnahmen und Ausgaben der jeweils folgenden Voranschlagsjahre außerordentlich willkommen waren. Damit ist es für 1916 nicht; das Jahr 1914 war schon ein Kriegsjahr; es war von vornherein in seinen Einnahmen und Ausgaben selbstverständlich auf Friedensverhältnisse berechnet; niemand konnte ahnen, daß es ein so schweres Kriegsjahr, die schwersten, die Wiesbaden — vom rein finanziellen Standpunkt aus betrachtet — seit Kriegsbeginn erlebt hat, umfassen würde.

Durch die finanziellen Folgen dieser acht Kriegsmomente, die sich in einer Stadt von dem wirtschaftlichen Sondercharakter Wiesbadens ja besonders schwer zeigen mußten und auch in der ersten Zeit nach dem Kriege am empfindlichsten gezeigt haben, wurden die Erwartungen, auf die der Friedensvorschlag gegründet wurde, einfach über den Haufen geworfen, und es ist noch ein durchaus nicht ungünstiges Ergebnis, wenn der Fehlbetrag von 1914 nur 985 720 Mark beträgt. Neben die Hälfte dieses Fehlbetrages mit 492 860 Mark entfällt auf die Kurverwaltung als die vom Kriege am meisten in Mitleidenschaft gezogene Verwaltung; der außerordentliche Anstieg an Kartatreue erklärt diese Ausfälle zur Geringe; auch die Wasser- und Lichtwerke haben mit einem Verlust von 100 000 Mark den Rückgang des Verbrauches bezahlen müssen; Umsonst- und Verzinsungsteuer sind mit 138 000 Mark an dem Fehlbetrag beteiligt, die direkten Steuern, vor allem die Einkommensteuer und die Schulgelder mit einem von 230 000 Mark und die Miete, die Luftverkehrs- und die Grundsteuer mit 98 000 Mark. Dieser Gesamtfehlbetrag von 985 720 Mark, der sich noch erheblich höher gestellt hätte, wenn nicht bei den einzelnen Verwaltungen wesentliche Einsparnisse erzielt worden wären. Kann selbstverständlich nicht durch Steuern aufgebracht werden; er stellt sich dar als eine unmittelbare Folge des Krieges und wird deshalb einen Teil der später auszunehmenden Kriegsanleihe zu bilden haben.

Anderes steht es mit dem Abschluß des Rechnungsjahres 1915, dessen Einnahmen und Ausgaben von vornherein auf den Kriegsalter berechnet wurden. Wir haben, wie Sie wissen, für 1915 den Einkommensteuervertrag nur um 25 Proz. erhöht; mancher von Ihnen wird Zweifel gehabt haben, ob es gelingen würde, mit diesem Satz auszukommen; und doch können wir schon heute nach dem vorläufigen Rechnungsabschluß mit ziemlicher Bestimmtheit darauf rechnen, daß wir diesen Kriegsalter ohne Fehlbetrag abschließen können. Wesentlich zu diesem Ergebnis trug auch hier

der Umstand bei, daß einzelne Verwaltungen sich die äußerste gerade noch mögliche Zurückhaltung in der Verwendung der ihnen zugewiesenen Mittel auferlegt haben. Andererseits sind auch Mehrerträge gegen die im Voranschlag erwarteten Erträge bei den Wasser- und Lichtwerken zu verzeichnen gewesen; ich will mich hier auf Einzelheiten nicht einlassen; von Interesse wird es aber immerhin sein, wenn ich erwähne, daß allein bei der Kanalisation für 360 000 Mk. vorgesehene Arbeiten aus Mangel an Arbeitern nicht ausgeführt werden konnten, also dem Voranschlag zugute kamen, daß wesentliche Ersparnisse bei dem Museum gegenüber dem Voranschlag gemacht worden sind, daß die Gesamtausgaben für Straßenreinigung um rund ¼ gegenüber den Vorjahren zurückgeblieben sind, was aus der günstigen Winter- und der vermehrte Verkehr der Straßen durch Fußgänger beigetragen hat, und daß auch die Gartenverwaltung mit erheblich geringeren Kosten arbeitete, ohne wesentliche Einschränkung des Erfolges. Von Interesse ist auch, daß das Krankenhaus infolge Verteuerung der Lebensmittel (um rund 45 Prozent) der Kosten (um 24 Prozent) der Stelle (um 28 Prozent), ferner infolge Zahlung der Kriegsgeldbesitzer und Kriegslöhne eine Mehrausgabe von 494 000 Mark hatte, die aber durch eine Mehreinnahme von 502 600 Mark gedeckt wurde, so daß immerhin noch mit einem kleinen Ueberschuß abgeschlossen wird. Diese Mehreinnahmen sind auf die vollständige Ausnutzung und Belegung aller Räume zurückzuführen; ein Beweis, wie schwer dieses Moment trotz erheblicher Ausgabenerhöhung ins Gewicht fällt gegenüber der Unmöglichkeit einer geringen Belegung, die den Betrieb selbst bei sonst günstigen Verhältnissen außerordentlich verteuert.

Die Mehreinnahmen der Wasser- und Lichtwerke gründeten sich in erster Linie auf das Elektrizitätswerk, das 1900 neue Stromverbrauch erzwungen hat, so daß deren Zahl nunmehr über 10 000 gestiegen ist (einschließlich der Vororte 11 000). Die sogenannten Verbrauchsanlagen sind von 200 auf 800 gestiegen; die Stromabgabe hat den normalen Stand des letzten Friedensjahres erreicht. Das Gaswerk, das unter Mangel an Arbeitern, Fuhrleuten und Pferden sehr zu leiden hatte, hat trotzdem erhebliche Zugänge aufzuweisen; allein die Gasabgabe durch Automaten ist um mehr als 50 Prozent gestiegen; das Wasserwerk hat in seinen Erträgen eine Steigerung nicht erlitten.

Immerhin muß, wie an anderer Stelle gesagt, der Voranschlag für das Jahr 1916 (ebenso wie sein Vorgänger 1915) zum erstenmale seit langen Jahren darauf beruhen, Ueberschüsse aus vorherigen Jahren zu seinen Gunsten zu verwenden; er ist allein auf sich gestellt und auf die Einnahmen, die ihm während des Jahres gesonnen werden. In der ordentlichen Verwaltung zeigt der Voranschlag eine Gesamteinnahme und -Ausgabe von nicht weniger als 21½ Millionen Mark und in der außerordentlichen Verwaltung den Betrag von 3 575 150 Mark, zusammen also die jährliche Summe von

rund 25 Millionen.

Tabel sind die eigentlichen Kriegsausgaben, auf die ich später besonders zurückkomme, noch gar nicht berücksichtigt.

M. H., Sie leben in diesem Jahre zum erstenmale die seither getrennt geführten Voranschläge der Hauptverwaltung und der sogenannten Zweigverwaltungen vereint. Die Gründe für diese schon in meinen vorjährigen Ausführungen angekündigte Vereinigung sind in einem dem Voranschlag beigefügten Sonderbericht angegeben; ich kann deshalb darauf verzichten, näher auf sie einzugehen; ich will nur hervorheben, daß man heute zum erstenmale in der sachgemäßen Vereinigung der beiden seither getrennt geführten Voranschläge die Bedeutung unserer Verwaltung ihren richtigen finanziellen Ausdruck findet, was schon im Vergleich mit den Leistungen anderer Städte außerordentlich erwünscht erscheint; es soll ferner schon im Interesse größerer Wirtschaftlichkeit und Verantwortlichkeit zur klaren Darstellung gelangen, was jede einzelne Verwaltung kostet und leidet; deshalb hat auch jede einzelne Verwaltung ihren eigenen außerordentlichen Etat; es soll eine scharfe Trennung zwischen ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung zur Durchführung gelangen, also beispielsweise nicht mehr Bauen, bloß weil sie aus laufenden Mitteln bestritten werden können, in den ordentlichen Etat gesetzt werden; ferner soll mit der Einführung von Vorschüssen, nicht nur bei Grundstücken, begonnen und so die Grundlage für die Aufmachung ordnungsgemäßer Inventuren und Bilanzen geschaffen werden. Die noch ausstehende Verteilung der Anleihen gegen die Zinsen und Tilgungen auf die Verwaltungen, denen sie zugute gekommen sind, ist eine selbstverständliche Folge dieser Maßnahmen, auf die ich im einzelnen hier nicht eingehen kann. In dem gewählten Etatschema gelangt eine sachgemäße Verteilung der gesamten Verwaltung zum Ausdruck; die einzelnen Verwaltungen sind nach einheitlichen Grundsätzen unterteilt und vor allem unterchieden nach Verwaltung, Betrieb, Kapital- und Fondsbetrieb; letzterer ist in der „Kammer“ zusammengefaßt, an die die Ergebnisse der einzelnen Verwaltungen zur Abrechnung gelangen; sie stellt also auf diese Weise die Bilanz der gesamten Verwaltung dar; ihre ordentliche Verwaltung entspricht der Gewinn- und Verlustrechnung und ihre außerordentliche Verwaltung der Bilanz der kaufmännischen Buchführung. Bemerken möchte ich nur noch, daß das bis jetzt Geleistete noch keinen Anspruch auf Vollendung macht, daß noch manches zu verbessern und richtig zu stellen ist, daß aber immerhin das Hauptzweck erreicht ist. Es war mit Rücksicht auf die beschränkten Personalverhältnisse wohl etwas früh, diese außerordentlich zeitnahe und schwierige Arbeit während des Krieges zu beginnen, zumal die Vergleichbarkeit mit den früheren Etats gefordert werden mußte; aber, M. H., gerade deshalb waren die Kriegsjahre am geeignetsten zur Finanzreform und Durchführung dieser Arbeit, weil sie schneidete die normale Entwicklung der Voranschlagsjahre derart unterbrechen und auf den Kopf stellen, daß der Vergleich der Zahlen der Kriegsjahre und der vorhergehenden Friedensjahre ohnedies empfindlich gestört war. Im übrigen verweise ich auf den Ihnen erstatteten Sonderbericht und bin überzeugt, daß sich die Vorteile der neuen Voranschlagsaufstellung in verhältnismäßig kurzer Zeit zum Bewußtsein bringen werden und das jetzt Erlebte, der Mangel an Vergleichbarkeit der aufeinanderfolgenden Voranschläge beseitigt ist. Und das ist ja schon mit der Aufstellung des Voranschlags für das nächste Jahr der Fall.

Ich will mich nunmehr — wie alljährlich — kurz der Ausgabe unterziehen, Ihnen den Mehrbedarf dieses Voranschlags gegenüber dem des abgelaufenen Jahres auseinanderzusetzen und über die Frage der Deckung dieses Mehrbedarfes zu sprechen. Sie müssen ja diesen Mehrbedarf kennen, am über die Berechtigung der vorgeschlagenen Steuererhöhung ein Urteil fällen zu können. Selbstverständlich, M. H., kann es sich in so schwerer Zeit nur um einen Mehraufwand handeln, der sich ganz von selbst aus zwingenden Gründen ergibt. Die finanzielle Kraft der Gemeinden steht im Dienste des Krieges; die Förderung wirtschaftlicher und kultureller Zwecke ist der äußersten Beschränkung unterworfen, um nicht zu sagen dem Stillstande.

Wir haben zunächst mit einem Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr von 110 000 Mark zu rechnen, der sich aus gesetzlich angeordneten Erhöhungen der Gehälter der Beamten und Lehrer ergibt; ferner tritt ein Mehr an sachlichen Kosten von 101 000 Mark, die sich zusammensetzen aus einer Erhöhung der dem Kommunalverbande gebührenden Beitragsabgabe von 15 000 Mark, aus einem Mehraufschuß zu der Armenverwaltung, der sich schon erklärt aus der von Ihnen beschlossenen Erhöhung der Unterhaltungsgebühren, aus Erhöhung der und der Teuerung der Nahrungsmittel, was ja besonders bei der Abgabe von Naturalien beim Armenarbeitersaus, beim Volkskindergarten und der Säuglingsmilchanstalt u. a. in Erscheinung tritt. Daß das Krankenhaus einen Mehrbedarf von 18 000 Mark gegenüber dem Vor-

jahr hat, kann nicht auffallen; die Pflegesätze sind trotz der Steigerung der Lebensmittelpreise die gleichen geblieben, alle Verträge mit billigen Preisen wurden erfüllt und werden auch erfüllt werden, daran läßt sich nichts ändern. Einzeln tritt ferner ein Mehr für die Verwaltung des neuen Museums von 22 000 Mark; auch dieser Betrag ist durchaus nicht zu hoch, er verteilt sich auf das Museumskontingente, die Gemäldesammlung und das naturhistorische Museum und setzt sich teils aus Mehrkosten der Heberwahrungsdienste, aus den Druckkosten unbedingt notwendiger neuer Kataloge, auf eine kleine Mehrbewilligung für Bilderrahmen im Interesse der Kunst und Mehrkosten für Beleuchtung, Heizung und Heizungsanwendung. Das Ganze stellt sich dar als ein Mindestbetrag für das unbedingt Notwendige. An dieser Stelle möchte ich übrigens — einer einfachen Pflicht folgend — mich verhehlen, schon jetzt dem Herrn Professor Dr. Ritterling herzlichsten Dank zu sagen für die mehr als selbstlose Art, mit der er — auf jedes Entgelt verzichtend — seine hervorragende Kunst der Einrichtung des AltertumsMuseums zur Verfügung stellt. Die überaus wertvollen Dienste, die Herr Ritterling lediglich aus ideellem Interesse und aus Anhänglichkeit an seinen früheren Wirkungskreis der städtischen Verwaltung und dem Museum leistet, verdienen schon heute rückhaltlos anerkannt zu werden.

Nun, M. H., bleibt nur noch ein Mehr von 32 000 Mark an sachlichen Kosten für die Schulen zu erklären; die Bedürfnisse des neuen Anzuges wie der Volksschule in der Volkshaus- und die der neu untergebrachten kaufmännischen Fortbildungsschule, die Beschaffung einer Einrichtung für die Gewerbevereine haben den wesentlichen Anteil an diesen Mehrkosten, die im übrigen — was die anderen Schulen betrifft — in der bescheidenen Weise angelegt sind.

Insgesamt beträgt also der ganze Mehrbedarf an persönlichen und sachlichen Kosten 110 000 + 101 000 = 211 000 Mark. Rechnen Sie die schon fröher geführte Verpflichtung zu zahlen den persönlichen und sachlichen Kosten und die Beitragsabgabe mit 125 000 Mark von dieser Summe ab, so verbleibt als eigentliche Mehrauszahlung die sich von selbst ergebende und gar nicht abschätzbare Mehrforderung von 86 000 Mark bei einem Gesamtvoranschlag von rund 21½ Millionen. Und ich meine, in der schiedeneren Formen könnten die Mehrforderungen nicht gefordert werden; es kommt in ihnen nichts weiter zum Ausdruck als der durch den Krieg gegebene Verzicht auf weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung.

In diesem neu zu bedeckenden Mehrbedarf treten ebenfalls zu bedende Mindereinnahmen hinzu, mit denen der neue Voranschlag gegenüber seinem Vorgänger zu rechnen hat, und zwar im Gesamtbetrag von 589 000 Mark. Den Hauptteil dieser Summe trägt mit 380 000 Mark der Ausgleichsfonds, der mit diesem Betrag dem vorjährigen Voranschlag zugute kam, während er diesmal ausfallen muß, da der Fonds vollkommen erschöpft ist; an Umsonst- und Verzinsungsteuern müssen nach den gegebenen Verhältnissen weitere 30 000 Mark abgesetzt werden, so daß diese ebenfalls zu große Beträge liefernde Steuern nur noch mit 30 000 Mark, 12 000 Mark zu Buche stehen; 20 000 Mark müssen an den Kanalisationsgebühren wegen geringer Winter und leerstehender Läden abgesetzt werden; 36 000 Mark fallen an dem Schulgeld und hauptsächlich wegen notwendiger Ställe und Ermäßigungen in den Mittelschulen und höheren Schulen, um 66 000 Mark geht die Abgabe ein. Hinsichtlich der in Folge verminderter Verbrauches an alkoholischen Getränken und der den Ertrag erheblich verminderten veränderten Gekochter über die Bierabgabe; an der D- und Steuer müssen 5000 Mark abgesetzt werden wegen eingetretener Verringerung der Zahl der Hunde; die Einnahmen aus den städtischen Straßenbahnen müssen um 4000 Mark gekürzt werden, ebenso die Einnahmen aus dem Badeplatz und den Kuchenschulen infolge Rückgangs der Konsumate um 8000 Mark. Schließlich möchte ich im vorjährigen Voranschlag noch mit 30 000 Mark eingezeichnete Mitteln in dem neuen Voranschlag gänzlich gestrichen werden; während des Krieges besteht keine Aussicht, noch weniger irgend eine Veranlassung auf Einführung dieser Steuer, bezüglich derer das Ministerium nunmehr — nachdem so viele städtische Hilfsmittel vorordnungen die Genehmigung des Oberverwaltungsgerichts nicht gefunden haben — eine Ausarbeitung vorgelegt hat, von der ich nur hoffen will, daß wenigstens diese den Beifall des genannten Gerichts finden möge.

Die gesamten Mindereinnahmen von 589 000 Mark ergeben mit dem schon erörterten Mehraufwand von 211 000 Mark einen gesamten Deckungs-Mehrbetrag gegenüber dem vorjährigen Voranschlag von 800 000 Mark. Diesen 800 000 Mark stehen aber entlastend für den Voranschlag 186 000 Mark Mindereinnahmen gegenüber; es bleiben weniger als im Vorjahr die Gesamtausgaben 22 000 Mark, die Kurverwaltung 28 000 Mark, die Armenverwaltung 15 000 Mark, die Schlachthofverwaltung 7000 Mark, der Dispositionsfonds der Stadtverordnetenversammlung 12 000 Mark und die Gartenverwaltung, ohne daß deren Leistungen einen bemerkbaren Rückgang aufzuweisen hätten, 16 000 Mark; schließlich sind noch 56 000 Mark Mindereinnahmen in Tugenden von Vorkasse gegenüber dem Vorjahr nachzuweisen, die ich im einzelnen nicht besprechen will. Nach Abrechnung dieser 186 000 Mark Mindereinnahmen von den Mehrausgaben von 800 000 Mark bleiben also noch 614 000 Mark zu decken.

Diese 614 000 Mark erhalten zunächst Deckung durch eine Mehrabgabe der Wasser- und Lichtwerke im Gesamtbetrag von 208 000 Mark und einer vermehrten Ablieferung von Zinsen und Tilgungszinsen infolge Erhöhung des Anlagensatzes von 29 000 Mark. Das Wasserwerk hat an der vermehrten Ablieferung keinen Anteil; wohl aber hat sich das Gas- und Elektrizitätswerk, wie schon an anderer Stelle bemerkt, von den Schülern des Krieges einigermaßen wieder erholt; einen kleinen aber keinen Punkt bilden auch die Weinberge der Stadt mit einem auf 19 000 Mark geschätzten Mehrertrag; auch die Luftverkehrsteuer, im wesentlichen die Abgabe auf Luftverkehr, stellt einen Mehrertrag von 8000 Mark zur Verfügung. Nach diesen Aufrechnungen bleiben noch 300 000 Mark ungedeckt, die durch eine Erhöhung der Einkommensteuer um 20 Prozent, also auf 145 Prozent aufgebracht werden. Daß für eine Steuererhöhung als alleinige Steuer in dieser Zeit nur die Einkommensteuer in Frage kommen konnte, brauche ich wohl nicht näher zu begründen; die Grundsteuer wurde hier ohne weiteres ausbleiben, auch von der in Großberlin und seinen Vororten neben der Einkommensteuer-Erhöhung auf mindestens 100 Prozent zur Durchführung gekommenen Erhöhung des Grundpreises haben wir hier — und wie wir meinen — mit vollem Rechte Abstand genommen, wie überhaupt von jeder Erhöhung der Gebühren und indirekten Abgaben.

Man kann darüber streiten, ob es gelungen ist, die Einnahmen und Ausgaben, wie sie der Voranschlag enthält, der Öffentlichkeit möglichst nahe zu bringen; die Verhältnisse, die der Krieg in diesem Jahre bringen kann, sind unübersehbar, ebenso wie es nicht voraussehen ist, ob der Krieg das ganze Voranschlagsjahr andauern wird; jedenfalls ist das Schlußergebnis von dem rein finanziellen Standpunkte aus gesehen ein günstiges; es ist keine Stadt in Preußen vorhanden, die mit einem finanziell besseren Ergebnis abschließen hat. Es ist schon möglich, daß wir in dem oder jenem Punkte zu günstiger gestellt haben, beispielsweise ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die voranschlagen Ablieferungen der Wasser- und Lichtwerke infolge der Einführung der Sommerzeit etwas geringer ausfallen; dafür wird es aber an anderen Stellen wieder Erbsparnisse geben; jedoch haben wir unsere Verwaltungen auf das Äußerste angezogen, auf alle Fälle zu sparen, wo es nur irgend geht. Und sollte wider Erwarten ein Fehlbetrag eintreten, so muß eben das nächste Jahr dafür eintreten, das hoffentlich ein Friedensjahr sein wird, was die Zeit dann leichter tragen wird, wie dies bei den schwersten Kriegsjahren. Eine gewisse Zurückhaltung in der Berechnung

Einommensteuereinfaches war auch durch die recht betrübende Lage gegeben, daß nach einer von dem Herrn Finanzminister am 11. Januar ds. J. veröffentlichten Übersicht über die Einnahmen der Einkommensteuer-Berichtsjahre für 1915 der Gesamtertrag der in 1915 zu erhebenden Einkommensteuer von 22.388 Millionen Mark hinter dem gleichen Jahresbetrag des vorhergehenden Jahres zurückgeblieben ist. Es sind also nur 25 Prozent Einkommensteuer-Erhöhung, die wir zu beschaffen haben, 12,38 Prozent durch den Rückgang des Gesamtertrages wieder weggenommen worden; wenn es trotzdem gelingen wird, den Berichtsjahr 1915 voranschlägliche ohne Abzug abzuschließen, so bietet das immerhin eine gewisse Gewähr für 1916 selbst dann, wenn sich die Vorauslagen des Berichtsjahres nicht ganz erfüllen sollten. Unter den preussischen Großstädten gehört dieser Rückgang von 12,38 Prozent zu fast den höchsten, nur Saarbrücken und Aachen überbieten uns noch mit 12,5 Prozent bezogen 12,40 Prozent. Wiesbaden steht also an vierter Stelle; das ist ein überaus betrübliches Ergebnis, das uns insofern schmerzlich auf unsere durch den Krieg außerordentlich hart angetroffenen wirtschaftlichen Verhältnisse trifft. Der preussische Sonderantrag einer Stadt, die mangelnde Einkünfte sich an umfangreichen Steuerbefreiungen nicht erholen konnte, gelang hier zum entsetzlichen Ausdruck; sie werden auch von diesem Gesichtspunkte aus verziehen, wenn wir in der Frage der Steuererhöhung in so schwerer Zeit mit Vorbehalt zurückhaltend sind, zumal man ja, wie die Verhältnisse liegen, bei den Anträgen im Berichtsjahr auch die Erwartungen berücksichtigen kann, daß doch selbst der preussische Finanzminister in seinem Bericht zu dem preussischen Staatsantrag für 1916 erklärt, daß „jeder Versuch einer der Wirtschaftlichkeit entsprechenden Berichtsjahre auch diesmal (wie 1915) von vornherein abgelehnt werden muß“. Um aber auch etwas Günstiges zu machen, soll ich nicht vergessen zu erwähnen, daß die von uns im preussischen Berichtsjahr beantragten direkten Steuern, also die Einkommensteuer, Grund-, Gewerbe- und Vertriebssteuer, die Familienverguhrungsgebühren und die Schulgelber nach der Umpreisung der am 1. Mai ds. J. mit 92 Prozent der Gesamtsumme zur Geltung gekommen waren. Gleich erfreulich ist, daß es bis jetzt trotz des Krieges schwerer drückender Zeit gelungen ist, nicht nur die Einkommensteuer auf der niedrigen Stufe unter Preussischen Städten zu halten, sondern auch von einer Erhöhung aller anderen Steuern abzusehen und vor allem die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer auf dem alten Satze von 128,90 und 160 Prozent zu halten, während in der gleichen Zeit 136 preussische Großstädte (nach der preussischen Statistik mit Einkommenshöhe über 80.000 Einwohner) in der Einkommensteuer zwischen 160 und 200 Prozent bezogen, in der Grund- und Gebäudesteuer zwischen 150 und 207 Prozent und in der Gewerbesteuer zwischen 150 und 619 Prozent. Das heißt den Grund, als ob wir immer noch verhältnismäßig wenig recht allseitig finden und absolut keinen Grund hätten, zu anderen steuerlichen Verhältnissen anzutreten zu sein. Jedenfalls handelt es sich um keine Veränderung in unserem vor dem Krieg gebliebenen steuerlichen Verhältnis gegenüber den anderen Großstädten; es findet nur ein allgemeines, gleichmäßiges Hinansteigen der steuerlichen Belastung überhaupt statt.

Meine Herren, ich habe diesen Ausführungen über die ordentliche Bemessung des Berichtsjahres nicht mehr hinzuzufügen. Im Berechnen nach äußerster Klarheit entsprechend, will ich nur noch ausdrücklich hervorheben, daß ich — wie immer — den Berichtsjahr berechnet habe, den der diesjährige Berichtsjahr gegen den abgelaufenen zu vergleichen hat. Nun wissen Sie aber, meine Herren, daß der Berichtsjahr des abgelaufenen Berichtsjahres 1915/16 Mark betrug und es nur gelang, diesen außerordentlichen Berichtsjahr dadurch zu decken, daß darauf verzichtet wurde, den Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke der alljährlichen Ausgaben zuzuführen, die im ganzen 979.000 Mark betragen. Auch im Jahre 1916 wird auf diese Zuführung verzichtet, der Betrag von 979.000 Mark kommt also auch diesen Jahr zugute und steht im Berichtsjahr in Einklang. Der zu bedeckende Reservefonds in 1916, den ich, wie schon ausgeführt, auf 800.000 Mark festgesetzt habe, versteht sich also unter der Voraussetzung, daß, wie im Berichtsjahr, jene 979.000 Mark dem Berichtsjahr auf Kosten der Wasser- und Lichtwerke dem Reservefonds zugute kommen. Es wären also hiermit 2.379.000 Mark — 1.908.000 Mark dem Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke zugeführt worden. Da die Einkommenserlöse in den Reservefonds dazu dienen, die stützende Wertverminderung der Vermögenswerte und Rücklagen usw. zu geben, so ist durch die Rückführung wieder umgekehrt, ergibt sich hieraus also die Folge, daß diese Entnahme des Fonds zu gegebener Zeit wieder aufzuheben muß, sei es in Form weiterer Erhöhung der stützenden alljährlichen Beiträge oder sei es in Form von Anleihen. In beiden Fällen würde die Zukunft belastet und zwar mit etwa 100—120.000 Mark jährlichen Zinsen, und das ist auch ganz in Ordnung; der Krieg hat für die Zukunft unseres Volkes gesorgt, und seine Folgen kann man nicht schon die Gegenwart tragen lassen, die während des Krieges wirklich schon zu viel zu tragen hat durch Steuern und Zinsen des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden und durch die allgemeine Teuerung der Nahrungsmittel und durch Aufwendungen, die uns das alljährliche Leben auferlegt. Und ist nun diese Entnahme aus dem Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke schon aus diesen Gründen vollkommen gerechtfertigt und sogar geboten — zumal wir andere Fonds, die das den Gemeinden, leider nicht besitzen — so findet sie erst recht ihre Begründung in der bekannten Tatsache, daß unsere industriellen Werke ein Anlagekapital von rund 31 Millionen Mark besitzen, von denen nur 13 Millionen Mark durch Anleiheaufnahme aufgebracht wurden, während das gesamte übrige Kapital aus Ueberflüssen früherer Jahre herkommt, also aus der eigenen damals unerschöpflichen Kraft der Werke und ihrer Gewinne zu Zeiten gekommen, in denen die Hauptverwaltung der Stadt in der glücklichen Lage war, trotz niedriger Steuern diese überschüssenden Beiträge zur Ausgleitung ihrer Berichtsjahre einbringen zu können. Waren diese Beiträge damals in einen Ausgleichsfonds geflossen, um diese dieser Fonds unangefochten geblieben, so hätten damals die Wasser- und Lichtwerke einerseits entsprechende Anleihen aufnehmen müssen, während andererseits der Ausgleichsfonds heute zu unserer Verfügung stünde zum Ausgleich unserer zu hart bedrückten Finanzen. Insofern darf man schon dann annehmen, daß jene glückliche Zeit wieder zurückzuführen und die Reservefonds in bestimmtem Umfang während der Dauer des Krieges als eine Art Ausgleichsfonds für die gesamte Verwaltung zu betrachten und hiermit zu verfahren. Fast alle Großstädte haben dieses Verfahren gewählt, obwohl ihre Werke bei weitem nicht in der glänzenden Lage sind, wie unsere und obwohl sie das gleiche Verfahren nicht mit der Begründung versehen können, wie ich sie eben gegeben habe.

Also von dem Standpunkte dieser Ausführungen aus erscheint die Finanzverwaltung der Wasser- und Lichtwerke ohne Bedenken, zumal die stützende Verwaltung im Interesse der Verwaltung geordneter Finanzen es entschieden abgelehnt hat, sich auf den Weg zu begeben, etwa in der Tilgung ihrer Schulden eine Verdrückung einzutreten zu lassen; der gesamte über 31 Millionen Mark jährlich ausmachende Tilgungsbeitrag ist während des ganzen Krieges gesichert worden.

Nun noch ein paar Worte über den außerordentlichen Berichtsjahr, in dem Sie u. a. Anordnungen finden für Krankenhausverordnungen, für die Hochdruckanlage, für eine Schulvermehrung, für Erweiterung des Befestigungsmausins des Westens, für einen Neubau des Seidenhauses, für die Förderung der Trankanlage des Schützenhofes, ferner für Vorarbeiten für die in Aussicht genommene

Markhalle.

In das Volkshaus, für Weiterführung der Kanalisation, für Erweiterungen der Wasser- und Lichtwerke, für die gärtnerische Aufgestaltung des Schützenhofes, für Grundstücksankauf, für Straßenbauten usw. Mit der Aufhebung des außerordentlichen Berichtsjahres ist festgelegt, so ist aber auch die Hoffnung begründet, daß dieser Berichtsjahr im Frieden ein Wiederaufsteigen zeigen wird, das den sehr bedrückten Finanzen erheblichen Erleichterung verschaffen wird. Niemand kann im übrigen heute voraussagen, wie sich die Finanzlage der Gemeinden nach dem Kriege wirklich gestalten wird. An neuen großen Aufgaben werden die Gemeinden nach dem Kriege neben dem Staat mitarbeiten müssen; ich erinnere nur die Regelung der Hypothekensfrage, an die im Falle der Befriedigung der Begründung von Stadt- und Gemeindefinanzmitteln; ich erinnere an die Förderung der Erwerbstätigkeit der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, an die in einem ungeschickten Falle vorgesehene Gewährung von Darlehen an Kriegsteilnehmer am Jüdischen Wiederaufbau ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit gegen mäßige Vergütung und Tilgung, wobei in erster Linie in der Handwert gedacht ist; auch hier ist Staatsbeiträge in erster Linie in Aussicht gestellt; auf die Beteiligung der Gemeinden kann natürlich nicht verzichtet werden.

welche Vorlagen Ihnen der Magistrat machen wird, hängt natürlich in erster Linie von der Dauer des Krieges und der Lage des Arbeitsmarktes ab. Die Vorlegung einer Reihe der vorgenannten Arbeiten liegt übrigens ganz im Sinne des Reiches des Herrn Ministers des Innern vom 19. Oktober v. J., der die Gemeinden daran erinnert, schon jetzt Maßnahmen zu treffen, um einer Arbeitslosigkeit nach dem Kriege nach Möglichkeit entgegenzuwirken und vorzubeugen. Im Sinne dieser Auffassung haben Sie auch im vorigen Jahre die große Reichsanleihe genehmigt, deren Zweck es vor allem ist, einerseits ausreichende Arbeit für die Zeit nach dem Kriege vorzusehen, andererseits diese Arbeit aber im wesentlichen der Erschließung barren Gebändes zu widmen und damit eine bessere Vorbereitung für die Entwidlungsmöglichkeit unserer Stadt zu schaffen. Der Magistrat und Straßenbauamt haben diese Arbeiten, auf die ich bei anderer Gelegenheit zurückkommen werde, trotz außerordentlicher Gefährdungen während des Krieges soweit — wie nur irgend möglich — gefördert.

Ich wiederhole im übrigen, m. H., daß die Frage, ob die im außerordentlichen Berichtsjahre vorgesehenen Arbeiten wirklich im laufenden Jahre ausgeführt werden, eine offene bleibt; während der Dauer des Krieges ist daran kaum zu denken; geht der Krieg im Laufe des Jahres, was wir alle hoffen, zu Ende, so wird sich sehr bald nach dem Kriege nach der Lage der Dinge entscheiden, wie es überhaupt in Zukunft die Aufgabe der städtischen Verwaltung sein wird, Arbeit und Erwerb durch Erfüllung wirklich notwendiger städtischer Aufgaben zu schaffen.

Ich komme nun zu den eigentlichen Kriegsausgaben der Stadt, zu den seit Ausbruch des Krieges entstandenen Kriegsschulden, die ja die Städte auf ihre Vorauslagen nicht nehmen können, weil diese Ausgaben von der Gegenwart unmöglich getragen werden können, die also nach dem Kriege durch langfristige Anleihen gedeckt werden müssen. Was unter eigentlichen Kriegsausgaben zu verstehen ist, habe ich in meinen vorjährigen Ausführungen genau auseinandergesetzt, sie entsprechen fast durchweg geselligen Verpflichtungen, die die Stadt zu erfüllen hat. Der Schuldenstand der Stadt, wie er am Schluß des Jahres vorliegenden Berichtsjahres aufgeführt ist, umfaßt die seit Beginn des Krieges entstandenen Schulden nicht; er enthält lediglich die Schulden, die auf dem Wege regelmäßiger Anleihen bis zum Beginn des Krieges entstanden sind. Das ist auch vollkommen in der Ordnung, weil wir nicht wissen, welche dieser Schulden endgültig von der Stadt übernommen werden müssen und wie sich die dann anzuwendenden Anleihen stellen nach Inhalt und Tilgungsbetrag. Seit Beginn des Krieges konnten Anleihen in der bisherigen Form nicht mehr aufgenommen werden; im wesentlichen hat uns die Landesbank mit ihren Kapazitäten zur Verfügung gestanden; der Gesamtbetrag der seit Kriegsausbruch bis zum 31. März des laufenden Jahres, also bis zum Ende des Berichtsjahres 1915/16 aufgenommenen Schulden beläuft sich auf 10 1/2 Millionen Mark, von denen die Landesbank allein 9 Millionen zur Verfügung gestellt hat; der Rest mit 1 1/2 Millionen ist von Herrn Otto Denckhoff gegeben worden. Nun handelt es sich bei diesem Betrage durchaus nicht lediglich um Kriegsschulden; es hat hierbei ein Betrag von 2 1/2 Millionen in Frage zu kommen, den Sie im außerordentlichen Berichtsjahr des abgelaufenen Jahres zur Verfügung gestellt haben für inzwischen ausgeführte Krankenhausvermehrungen, für das neue Museum, für das Lyzeum II, für Erweiterungen der Wasser- und Lichtwerke, für Kanalarbeiten usw. Auch diese Summe konnte durch Ausgabe von Schuldverschreibungen wegen des Kriegsausbruches nicht mehr beigesteuert werden; auch hier ist die Landesbank mit Gewährung eines vorübergehenden Kredits einzuwirken.

Es bleibt also die eigentliche Kriegsschuld vom 1. August 1914 bis 31. März 1916 noch der Betrag von 8 Millionen Mark zu erläutern, unter denen sich allein 2 1/2 Millionen Vorlagen für Reich und Staat befinden. Hinsichtlich der Reichsfinanzunterstützungen ist das Reich gesetzlich verpflichtet, „Entschädigungen aus Reichsfonds“ zu gewähren; nur der Zeitpunkt, wann das Reich zahlen will, ist einem besonderen Geleze vorbehalten. Aus dem Wort „Entschädigung“ folgt, daß auch die Zinsen und die Verzinsungsforderungen zu erhalten sind. Es besteht bei mir gar kein Zweifel, daß diese gesetzlich verbürgten Rückstellungen an die Gemeinden erfolgen; einige Bundesstaaten, beispielsweise Baden, haben ihren Gemeinden die betreffenden Beträge als Vorlagen für das Reich aus der Staatskasse schon erhalten. Ferner spricht für die Auffassung, daß an der Rückzahlung der Reichsunterstützungen durch das Reich nicht zu zweifeln ist, auch die Tatsache, daß schon für die städtische Familienunterstützung (die Anlagen der Gemeinden zu den Reichsunterstützungen) und die städtischen Arbeitslosenfürsorge Reichmitteln durch Reich und Staat bereits gewährt worden sind im Durchschnittsbetrag von 40—45 Prozent der Gesamtaufwendungen, allerdings erst von Januar 1915 ab.

Nach dieser Erläuterung versteht sich also die Gemeindefinanz ein Betrag von 5 1/2 Millionen Mark für die Zeit bis zum 31. März 1916; unter diesem Betrage befindet sich zunächst ein noch nicht verdrückbarer Betrag von 1/2 Millionen Betriebskapital, das in der Lebensmittelfürsorge arbeitet, aber die Jüden eine besondere genaue Abrechnung am Kriegsausbruch vorgelegt wird; es können zunächst also nur 5 Millionen für die Kriegsschuld nach dem Stande vom 31. März in Frage kommen, mit der zunächst der Berichtsjahr des Berichtsjahres von 1914 im Betrage von 980.000 Mark gedeckt wurde, während der Rest mit 4.020.000 Mark auf die Kriegsverpflichtungen der Gemeinde entfällt, und hierunter allein rund 3 1/2 Millionen Mark auf die städtischen Kriegsverpflichtungen (Familienunterstützungen und Erwerbslosenfürsorge).

Genau genommen treten zu diesen 5 Millionen Kriegsschulden noch hinzu die 979.000 Mark, die wir dem Reservefonds der Wasser- und Lichtwerke entnommen haben; rechnen wir also einmal mit rund 6 Millionen Mark Schulden, die seit dem 1. August 1914 bis zum 31. März 1916 (in 30 Monaten) entstanden sind, also für den Monat 300.000 Mark. Da sich die dieser zugrunde gelegten Verhältnisse in dem Berichtsjahr 1916 nicht ändern werden, treten also ab 1. August 1916 für jeden weiteren Berichtsjahr 300.000 Mark neue Kriegsschulden hinzu, abgesehen von den Zinsen aus dem Lebensmittelfürsorge, die aber das Gesamtbild entscheidend nicht beeinflussen können, obwohl bis jetzt der neuerdings festgestellte Gesamtsumme an Lebensmitteln nicht weniger wie 14 Millionen Mark beträgt.

Nach dem Stand vom 1. April ds. J. bedeutet, würde die Kriegsschuld von 6 Millionen Mark der Stadt bei einer fünfprozentigen Verzinsung und einprozentigen Tilgung (auf eine höhere Tilgung wird der Staat bei den außerordentlichen Gemeindefinanz garniert geben können) im ersten Friedensjahre mit rund 340.000 Mark Mehranleihe belasten, was bei dem zurzeit auf Erhebung gelangenden Einkommensüberschuss von 4.100.000 Mark die Einkommenssteuer um 9 Prozent, also von 145 auf 154 Prozent steigern würde. Mit dieser Berechnung soll natürlich nichts gesagt sein über die endgültige Gestaltung des Einkommenssteuereinfaches oder die Steuererhöhlungsfrage überhaupt; das hängt ja alles von der Dauer des Krieges ab. Ich wollte Ihnen nur ein ungefähres Bild über die jetzt überschüssige Wirkung der Kriegsschuld auf die Belastung des laufenden Berichtsjahres geben; manches wird das Bild erheblich ungünstiger beeinflussen, manches aber auch erheblich günstiger; so darf man vor allem auch nicht vergessen, daß nach dem Kriege eine ganze Reihe beträchtlicher, lediglich durch den Krieg verursachter Ausfälle wieder zu Einnahmen sich verwandeln werden; ich erinnere nur an die Aufhebung der Kur- und Bäderverwaltung, die ja allein rund 600.000 Mark betragen, an beträchtliche Aufkäufe bei den Steuern infolge Rückganges der zur Beranlagung kommenden Einnahmen infolge Verkaufs- und infolge völligen Stillstandes des Umsatzes an Grundstücken und der Unmöglichkeit, so schwer unsere Stadt durch den Krieg infolge ihrer wirtschaftlichen Sondercharaktere getroffen worden ist, so schwer sich also finanziell dieser außerordentlichen Rücklage jetzt geltend macht, so ist aber auch die Hoffnung begründet, daß dieser Rücklage im Frieden ein Wiederaufsteigen folgen wird, das den sehr bedrückten Finanzen erheblichen Erleichterung verschaffen wird. Niemand kann im übrigen heute voraussagen, wie sich die Finanzlage der Gemeinden nach dem Kriege wirklich gestalten wird. An neuen großen Aufgaben werden die Gemeinden nach dem Kriege neben dem Staat mitarbeiten müssen; ich erinnere nur die Regelung der Hypothekensfrage, an die im Falle der Befriedigung der Begründung von Stadt- und Gemeindefinanzmitteln; ich erinnere an die Förderung der Erwerbstätigkeit der in die Heimat zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, an die in einem ungeschickten Falle vorgesehene Gewährung von Darlehen an Kriegsteilnehmer am Jüdischen Wiederaufbau ihrer selbständigen Erwerbstätigkeit gegen mäßige Vergütung und Tilgung, wobei in erster Linie in der Handwert gedacht ist; auch hier ist Staatsbeiträge in erster Linie in Aussicht gestellt; auf die Beteiligung der Gemeinden kann natürlich nicht verzichtet werden.

Der Staat soll aber auch daran denken, daß den Gemeinden neue Mittel zugewiesen werden müssen und daß das Steuerwesen, insbesondere das Gemeindefinanzwesen auf neue Grundlagen gestellt werden muß. Es könnte erheblich besser um die Gemeindefinanz während des Krieges stehen, wenn man vor dem Kriege Zeit und Mühe genommen hätte, die überaus lange, in Schwere gelassene Umgestaltung des Gemeindefinanzwesens durchzuführen. Noch heute haben die Gemeinden einen Einkommenssteuereinfachen, der ihnen nur eine Verringerung des höchsten Einkommens von 4 Prozent zusichert, den geringsten Satz, der in Deutschland erhoben wird; der preussische Staat erhob schon im Frieden in den Budgetjahren 5 Prozent; jetzt während des Krieges ist dieser Satz auf 8 Prozent gesteigert worden, der Gemeindefinanzsteuereinfache aber auf 4 Prozent gelassen worden.

Unter solchen Verhältnissen können die Gemeinden ihre Finanzen nicht in Ordnung halten, zumal — wie der deutsche Städtebund erst jetzt festgestellt hat — gerade in den letzten Jahren das Verdrücken des Staates, Staatsaufgaben den Gemeinden zu zuteilen oder auf sie abzugeben zu versuchen, immer stärker hervorgetreten ist, besonders auf dem Gebiete der Schulwesen, auf dem dieser Trend besonders schwer von den Gemeinden empfunden wird. Die Verhältnisse werden sich nach dem Kriege nun so entwickeln, daß die Förderung eines besseren Gemeindefinanzsteuereinfaches wie überhaupt einer Umgestaltung des Gemeindefinanzwesens sich von selbst durchsetzen wird, wenn nicht die Weiterentwicklung der mit so hohen Kriegskosten belasteten Gemeinden auf das empfindlichste gehindert werden soll. Hand in Hand mit der Erfüllung dieser ganz selbstverständlichen Forderung wird natürlich die äußerste Sparsamkeit die ganze weitere Entwicklung der Gemeinden beeinflussen müssen; auch das wird sich von selbst ergeben; gesunde Finanzverhältnisse waren stets die machtvollsten Träger des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Städte; sie müssen erhalten und bewahrt bleiben auch nach dem Kriege und sie werden auch erhalten bleiben. Der Unternehmenseifer der deutschen Städte wird sich natürlich nicht mehr so betätigen können, wie früher; das bekannte Wort eines Oberbürgermeisters einer Großstadt, daß es für die Städte auf keinem Gebiete eine Unmöglichkeit gebe, wird eine erhebliche Einschränkung erfahren müssen; wenn aber die von mir genannten Voraussetzungen erfüllt sind (Vermehrungen der Einnahmen der Gemeinden vor allem durch ein gründlich umgestaltetes Einkommenssteuereinfache, Bericht des Staates auf das nur in oft in Erleichterung getretene Verdrücken, Staatsaufgaben den Gemeinden zuzuteilen und sich Staatsaufgaben ohne jede Vergütung von den Gemeinden erlassen zu lassen) und der feste Wille der Städte zu einer dauernden Sparsamkeit hinzutritt, dann ist trotz der übernommenen Kriegskosten durchaus auch nach dem Kriege die Möglichkeit gegeben zu einer weiteren segensreichen Entwicklung, zu sozialen und kulturellen Fortschritten, zur Förderung der Erwerbstätigkeit, zur Förderung der Verbesserung des Gemeindefinanzwesens und zur wirtschaftlichen Unterstützung aller Verdrückten, die nach dem Kriege einer Förderung der Erwerbstätigkeit bedürfen. Und ich weiß, an der Erfüllung solcher Erwartungen gerade bei unserer Stadt nicht, weil deren Fortschritt im Grunde durchaus gesund sind. Schon in meinen vorjährigen Ausführungen habe ich darauf hingewiesen, daß wir das Kriegsjahr 1914 in finanziell guter Stellung angetreten haben, nachdem wir das vorhergehende Jahr mit einer Gesamtschuldenerhöhung von 1,6 Millionen und ohne Hinterlassung irgendwelcher Forderungen abgeschlossen hatten. Das im Laufe der nächsten Zeit mit Hilfe der neuen Staatsanleihe und der Anlage der Lagerhäuser und Inventuren zur einwandfreien Befriedigung gelangende Vermögen der Stadt übersteigt die Schulden in einer Weise, die jede Befürchtung ausschließt; und sollte der Krieg, was wir alle nicht hoffen, erst mit Ende des Jahres, dessen Berichtsjahr wir heute beraten, zu Ende gehen, so hätten wir vielleicht mit einer Reichsverschuldung von 10 Millionen oder mit einer Berichtsjahrsdauer belastenden Mehranleihe von etwa 600.000 Mark zu rechnen, also mit einem Rückfall, mit dem wir schon einmal nach der Aufhebung dem Ausfall der Rente zu rechnen hatten, der gedeckt wurde, ohne daß die Finanzen in empfindlicher Weise berührt wurden. Ich bin mir wohl bewußt, daß in dieser Auffassung vielleicht ein zu großer Optimismus liegt angesichts der gewaltigen Kosten, die der Krieg dem Reich gebracht hat und damit auch dem Bürger bringen wird. Aber ich fühle mich bei genauer Kenntnis der Leistungsfähigkeit unserer Finanzen trotzdem nicht verpflichtet, die Zukunft unserer Stadt als wenig hoffnungslos anzusehen; es ist in Wiesbaden schließlich immer besser gegangen, als man im Voraus vermutete und es wird auch nach dem Kriege besser gehen, als viele erwarten; mit dem Frieden, der doch einmal kommen muß, und der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die wir alle bestimmt erwarten dürfen, wird schon wieder größere Hoffnung und größeres Vertrauen seinen Eingang auf bei denen haben, die heute Stunden des Verzagens nicht von sich weilen können.

M. H. Wir haben ein schweres Jahr hinter uns, das schwerer, als die Stadt seit ihrem Bestehen wohl erlebt hat; wir haben eine außerordentliche Arbeitslast und völlig neue Aufgaben bewältigen müssen, und haben in dieser Zeit noch 921 eingetragene Beamte und Arbeiter durch Einschaltung zum Dienstleistungen verloren; es wäre deshalb unecht von mir, wenn ich nicht die Gelegenheit benutzte, an dieser Stelle meinen Mitarbeitern im Magistrat und den Beamten und Arbeitern der Stadt meinen herzlichsten Dank auszusprechen für die Mühen und Sorgen, die sie hinter sich haben, für ihre unter den wichtigsten Verhältnissen zu erdickende, aufreibende Tätigkeit, die bei vielen die Grenze der Möglichkeit erreicht hat; der gleiche Dank gilt den Herren Stadtratsmitgliedern, die in den Kommissionen ihre Arbeit geleistet haben, den in der städtischen Verwaltung ehrenamtlich tätigen Herren, nicht in letzter Linie vor allem aber auch der Stadtratsordnungsversammlung.

Meine Herren, es sind nahezu 2 Jahre verfloßen, seit wir hier unsere Kriegssituationen abhaken und beraten, was zu tun ist, um die Bevölkerung durchzuhalten und sie zu haben in mancher Bedrängnis. Die Wirklichkeit dessen, was wir geschaffen haben, wird einer späteren ruhigeren Zeit vorbehalten sein; ich möchte herzlich dankend feststellen, daß sie zu verschiedenen Malen einmütig dem Magistrat Zustimmung und Anerkennung ausgesprochen haben, und daß unsere gemeinsame Arbeit getragen war von dem in so schwerer Zeit unentbehrlichen Geist des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, von jenem Geiste, der jedem Stande des Lebens zukommt, der sich nicht verliert in einseitiger Vertretung besonderer Interessen. Und wenn ich noch hervorheben darf, daß unsere Verhandlungen während dieser schweren Zeit niemals von einem Mißton getrübt wurden, so darf ich es andererseits auch freudig begrüßen als ein Zeichen beginnender Stärkung des Gemeinfinns und der Liebe zur Stadt, daß seit Kriegsausbruch durch den Opferwillen einzelner Einwohner der städtischen Verwaltung Zahlungen von 1 1/2 Millionen Mark gemacht worden sind zum Wohle der ganzen.

Das alles gibt mir die Hoffnung, daß auch die kommende Friedensarbeit von dem gleichen Geiste getragen werde und daß es auch hier in Wiesbaden gelingen möge, die geschloffenen Wunden und neues Leben bilden zu lassen aus den gewaltigen Taten und Opfern unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.)

